

Gastkommentar. In der Klimakrise hören wir viel zu oft, dass Dinge nicht gehen. Wir müssen endlich Lösungen denken lernen!

Unrealistisch? Naiv? Alternativlos?

VON DANIEL GRATZER

Wie erzählen wir uns eigentlich vom Klima? Nach drei Jahren bei Fridays for Future haben wir immer noch den Eindruck, mit so einem existenziellen Anliegen wie unserer Zukunft gegen eine Wand anzulaufen: Während der öffentliche Diskurs verschwimmt, unter Beteuerungen, wie „vorbildlich“ man beim Klimaschutz doch sei, ist tatsächlich noch immer erschreckend wenig passiert. Leugnen war gestern, heute verwässert man.

Die Emissionen steigen so munter weiter. Nun, nach Jahrzehnten der Untätigkeit, bleiben uns noch sieben Jahre, um das Ruder herumzureißen. Der neueste IPCC-Bericht zeigt die Dringlichkeit: Ändert sich nichts, ändert sich alles.

Warum ist es dann so schwierig, etwas zu ändern? Worin besteht diese Wand, gegen die wir anlaufen? „Unrealistisch“. „Nicht umsetzbar“. „Naiv“. „Alternativlos“. Das sind Worte, die wir viel zu oft von Entscheidungstragenden hören, wenn wir mit ihnen über den Erhalt unserer Lebensgrundlage sprechen. Dieses Abtun hat einen Namen. Der Historiker Philipp Blom nennt es die Omega-Phase: eine Zeit, in der die bestehenden Geschichten keine Lösungen mehr anbieten, aber neue noch nicht vorstellbar sind. Denn wir interpretieren unsere Erfahrungen auf Basis unserer inneren Geschichten, verstehen sie erst durch diese. Und da stehen wir nun: Mit unseren gegenwärtigen Erzählungen, unserer Sprache und unseren Bildern im Kopf können wir Lösungen der Klimakrise, wie wir sie brauchen würden, oft nicht einmal denken.

Wenn Klimaschutz an der Konkurrenz um den Wirtschaftsstandort scheitert, wenn wir unser Lebensglück im Konsum materieller Waren suchen, wenn wir einander nur als rücksichtslose Egoist:innen sehen, dann ist die Rettung unserer Lebensgrundlage, dann sind nachhaltige und glücklichere Lebensweisen tatsächlich kaum vorstellbar.

Was ist die Konsequenz? Wir brauchen neue Sichtweisen, neue Bilder im Kopf, neue Sprachen. Wir benötigen neue Geschichten. Statt von der Steinzeit könnten wir uns von Lebensqualität erzählen. Statt von Wettbewerbsnachteilen vom Sinn der Arbeit für das Leben. Statt von Konkurrenz vom Wohlwollen füreinander, von der Kooperation, die uns als Spezies erst groß gemacht hat. Und statt von Verzicht können wir vom Gewinn all dessen erzählen, worauf wir jetzt verzichten, wie Zeit, Sinn, Gesundheit.

Ein großes Gespräch

Wer aber wird diese neuen Geschichten erzählen? Werden wir das einzelnen Politiker:innen oder Lobbys überlassen? Wir alle sollten gemeinsam unsere neuen Erzählungen finden. Dazu müssen wir beginnen, miteinander darüber zu sprechen. Um dieses große Gespräch anzustoßen, beginnt nun eine Kooperation zwischen Fridays for Future Vienna, dem Wiener Volkstheater und der Democratic Society, in der wir überholte Narrative zur Diskussion stellen und hilfreicher sichtbar und denkbar machen.

In einer Reihe von Theater-Abenden erzählen wir wahre Geschichten, die Lösungen als möglich zeigen, die verdeutlichen, dass wir alle das Potenzial dafür in uns tragen und dass wir viel zu gewinnen haben. Wir bieten in Gesprächsformaten Raum, um in der Begegnung verschiedener Lebensrealitäten miteinander neue Geschichten zu finden und zu erzählen und als Gesellschaft um das Anliegen unserer Zukunft herum zusammenzukommen – in der Hoffnung, dass endlich der große Diskurs um unsere Geschichten beginnt, den wir jetzt brauchen. Denn die neuen Narrative werden aus vielen Stimmen erwachsen sein, und so ist es nun an uns allen, uns an diesem Diskurs zu beteiligen. Sprechen wir miteinander!

Daniel Gratzner (* 1997 in Wien) ist Student und Mitorganisator von Fridays for Future.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



Unsere Gesundheitspolitik muss sich neu aufstellen

Gastkommentar. Das Pandemie-Management Österreichs agiert wie in der Gehschule des Föderalismus. Trotz Reformen geht wenig weiter.

VON MARIA M. HOFMARCHER-HOLZHACKER

Das Gesundheitswesen macht oft Negativschlagzeilen, auch ohne Pandemie. Sie beziehen sich auf Personalmangel, Überlastung, Über- und Unterversorgung, Ineffizienz und Reformstau. Gleichzeitig ist die Leistungskraft des Gesundheitswesens hoch und steigt weiter. Die dadurch ins Alter verschobene und oft schwere Krankheitslast legt Mängel des institutionellen Gefüges des Gesundheitssystems offen.

Die Wurzeln dieser Mängel liegen im Staatsaufbau und den damit verschränkten Finanzierungsströmen, wie sie auch die Sozialgesetzgebung vorsieht.

In der Pandemie treten diese Mängel besonders zutage. Gleichzeitig wurden die Lebenslagen und der Zugang zu Versorgung von armen und benachteiligten Personen schwieriger. Um die Gegenwart besser zu verstehen und

einen Blick in die Zukunft zu werfen, müssen wir uns zuerst der Geschichte zuwenden.

► **Die Gesundheitspolitik in der Pandemie agiert geschichtsvergessen.** Die vor Beginn der Covid-Krise geschaffenen Strukturen für Kooperation im föderalen Bundesstaat blieben weitgehend ungenutzt. Länder, Gemeinden und der Bund finanzieren etwa 22 Prozent der Gesundheitsausgaben ohne Pflege, die soziale Krankenversicherung gut 52 Prozent. Seit Ende der 1970er-Jahre umarmen sich Bund, Länder und Sozialversicherung regelmäßig in Form von Staatsverträgen. Sie sind eine Art Treueschwur, ein paar Jahre zusammenzuarbeiten. Damit die Arbeit besser funktioniert, wurde 2005 die Bundesgesundheitskommission mit Länderpendants etabliert, 2013 die Bundeszielsteuerungskommission. Diese Gremien wurden eingerichtet, damit sich alle Akteure und Akteurinnen regelmäßig treffen und wichtige The-

men abstimmen, z. B. Krisenbewältigung bei einer Pandemie.

► **Die Gesundheitspolitik kämpft mit dem Virus Verwaltungsversagen.** Obwohl Schlüsselpersonal sowohl in den Ministerien als auch in der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG) seit Jahrzehnten tätig ist, agiert das Pandemie-Management wie in der Gehschule des Föderalismus, dessen Herzstück ja das Gesundheitswesen ist. Und obwohl das Epidemiegesetz über den Hebel der mittelbaren Bundesverwaltung dem Bund weitgehende Durchgriffsrechte gegenüber den Ländern und Gemeinden einräumt, hat die Regierung, zugunsten von mehr Steuerungsspielraum für die Bundesländer, darauf verzichtet. Die Bundesgesundheitskommission wurde zwar nicht ganz abgeschafft, aber praktisch ersetzt durch die Bundeszielsteuerungskommission mit Länderpendants. Der Bund delegierte die Überprüfung der Zielerreichung an die GÖG, die seit

PIZZICATO

Der kleine Maxi und der Krieg

Gleichsam über Nacht haben Ex-Generäle die Corona-Experten als Deuter und Welterklärer abgelöst. Rapid hat sich die akute Bedrohungslage geändert. Omikron? Pah. Atomkrieg? Ui.

Militärische Expertise ist gefragt, nicht medizinische. In den TV-Studios sitzen nun wie bei CNN die Wesley Clarks statt der Anthony Faucis. Clark, zugeschaltet aus Little Rock in Arkansas – der politischen Wiege der Clintons –, war beim Kosovo-Krieg 1999 unter Bill Clinton Nato-Oberbefehlshaber. Damals ging es gegen Slobodan Milošević, den Oberschurken in Belgrad. Wladimir Putin agierte hinter den Kulissen als Handlanger Boris Jelzins, als Geheimdienstchef und später als Premier. Und in New York begannen die Träume des Pleitiers Donald Trump in den Himmel zu wachsen.

Erinnert sich noch jemand an Hydroxychloroquin, Trumps Wundermittel gegen Corona? Oder an seinen Tipp zur Einnahme von Putzmittel? Chefexperte Anthony Fauci rollte mit den Augen und hatte Mühe, sich unter Kontrolle zu halten. In Überschallgeschwindigkeit mutierte Trump vom Corona- zum Militärexperten. Neulich schlug er vor, US-Kampfflugzeuge im Einsatz gegen russische Jets im Ukraine-Krieg als chinesische auszugeben, um so einen Krieg zwischen Russland und China auszulösen. Wie sich der kleine Maxi – oder der große Don – eben so den Krieg vorstellt. (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Es gibt halt immer zwei Seiten einer Medaille

„Nur beim Aussackeln der Autofahrer konsequent“, LB von Alfred Gradl, 10. 3.

LB-Zitat: „Bei allem Verständnis dafür, dass die Treibstoffpreise steigen – aber mit welcher Konsequenz (um nicht zu sagen Brutalität) manche Menschen nach wie vor nur Maßnahmen zum (finanziellen) Nachteil der Autofahrer sehen, ist verblüffend.“

Selbstverständlich und folgenlos erlaubt zu sein scheint hingegen, dass man die Atemluft aller Menschen mit Abgasen verschmutzen darf, den öffentlichen Raum verparken darf, die Sicherheit auf Straßen gefährden darf und Verkehrslärm erzeugen darf.

Es gibt halt immer zwei Seiten einer Medaille – und das kostet manchmal etwas.
Stephan Thaler, 8010 Graz

Zeit nutzen für solides Impfpflichtgesetz

„Sommerpause für die Impfpflicht?“ von Ulrike Weiser und Thomas Prior, 10. 3.

Die Zeit sollte genutzt werden, an einem soliden Impfpflichtgesetz zu arbeiten. Weg von der Anlassgesetzgebung! Vorausschauend denken! Statt sich auf Covid zu konzentrieren, muss das neu zu beschließende Gesetz allgemein auf mögliche Epidemien abgestellt werden. Wir wollen es nicht wahrhaben, aber es gibt auch biologische Waffen, z. B. Pocken. Derzeit sind diese Viren noch nur in Hochsicherheitslaboren vorhanden – aber wer weiß? In den Kriegsgebieten in der Ukraine gibt es Kinderlähmungsfälle. Wie ist die Immunitätslage bei uns? Die Hygiene ist im Gegensatz zu Kriegsgebieten noch gegeben – bei Ausfall der

Energieversorgung ist das dann auch nicht mehr so sicher.

Eine Impfpflicht ist notwendig, wenn folgende, von Fachleuten zu definierende Fakten vorliegen:

1. Hochansteckende Erkrankung – Tröpfcheninfektion, mangelnde Hygiene (verseuchtes Trinkwasser).

2. Signifikante Mortalität: Übersterblichkeit muss definiert werden.

3. Morbidität: Akute Erkrankung, aber auch Langzeitauswirkungen (Long Covid) müssen berücksichtigt werden. Bei unserer schönheitsstüchtigen Überfluggesellschaft wären selbst Pocken narben unerträglich.

4. Mangelnde therapeutische Möglichkeiten bzw. Überforderung des Gesundheitssystems.

5. Vorhandensein wirksamer Impfstoffe.

Bei sich rasch verbreitenden Krankheiten (vor ein paar Jahren waren alle schockstarr wegen Ebola) können wir nicht wieder so lang herumwursteln, sondern

Jahren wie wild wächst. Als Bundtochter ist sie weisungsgebunden, nützt aber viele Ebenen, um selbst Politik zu machen. Gleichzeitig wurde im Lauf der Jahre verabsäumt, einen wissenschaftlich-analytischen Arm in der GÖG aufzubauen, der sie in die Lage versetzt hätte, Prognosen zu erstellen, für den Staat zu validieren und in den Gremien und Kommissionen als konsolidierte Szenarien Debatten und Entscheidungen vorzulegen. Nunmehr sind nicht nur hohe und steigende Kosten für die GÖG zu bestreiten, sondern erhebliche Summen für zugekaufte (Prognose-)Leistungen, die eigentlich der Staat und die soziale Krankenversicherung aus ihren Datensystemen heraus bei gegebener Finanzierung hätten leisten sollen. Das sollte Konsulentenverträge mit Experten/Expertinnen einschließen.

► **Die Gesundheitspolitik muss mehr wollen und fortschrittlicher werden.** Durch die Komplexität des gesamten Gefüges hatte das Gesundheitswesen bis zur Wirtschaftskrise in den Rechenwerken zum Budget einen extraterritorialen Status. Sein Eigenleben endete 2013 mit einem Kostenpfad, der 2017 auf alle Financiers ausgeweitet und strenger wurde. Zwar ist er seit 2020 bis dato ausgesetzt. Unsere Simulationen schon vor Pandemiebeginn zeigen, dass dadurch im Gesundheitswesen bereits 2020 bis 2021 eine Ausgabenlücke von etwa 600 Millionen Euro bestand, bis 2035 wären es kumuliert 5,6 Milliarden. Diese Lücke ergibt sich, wenn die „Alterung“, der technische Fortschritt und die Einkommensentwicklung angerechnet werden. Ein Kostenpfad muss in Zukunft diese Dynamik abbilden.

Und die Mittel aus dem EU-geförderten Aufbau- und Resilienzplan sollten mehr Impulse für eine Verbesserung des Gesundheitswesens geben. Sie liegen für 2022-2024 weit hinter den Gesundheitsausgaben für die unmittelbare Krisenbewältigung zurück. Wie der EU-Wiederaufbaufonds Next Generation EU setzt auch die

DIE AUTORIN



Maria M. Hofmarcher-Holzacker (geb. 1958) ist Ökonomin und Geschäftsführerin von HS&I (Health System Intelligence). Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Public Health der Abteilung Gesundheitsökonomie der Medizinischen Universität Wien und ist stellvertretende Vorständin der AHA (Austrian Health Academy).

[Beigestellt]

österreichische Krisenbewältigung auf wirtschaftliche Impulse für Sektoren mit einem hohen Anteil männlicher Beschäftigung. Die von der Pandemie am meisten betroffenen Sektoren, wie Unterricht, Gesundheit und Unterhaltung, erhalten weniger Unterstützung; der Frauenanteil ist hier wesentlich höher. Der Mangel an Gesundheitsberufen und Kassenmedizin ist allorts spürbar, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben, insbesondere im Bereich der Versorgungsforschung im Gesundheitswesen, bleiben weiterhin gering.

► **Die Gesundheitspolitik muss sich neu aufstellen.** Dazu zählt erstens die Förderung von aktivem und gesundem Altern z. B. durch frühe Hilfen, Gesundheitspersonal in Gemeinden und Schulen und betriebliche Gesundheitsförderung. Zweitens der Ausbau der ambulanten Versorgung durch mehr Kassenverträge und bessere Anreize für die rasche Etablierung von Primärversorgungszentren. Drittens mehr Arbeitsteilung zwischen medizinischen und nicht medizinischen Gesundheitsberufen. Verbesserung der Krisenkommunikation mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen seitens der Behörden. Viertens die Schaffung von regionalen Ambulanztöpfen, damit regional Basisversorgung und Pflege administrativ und finanziell zusammengebracht werden. Optimierung der Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheitssystems und zwischen Gesundheitssystem und Sicherheitsbehörden. Fünftens die Einhebung und Zweckwidmung von geeigneten Steuern zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens. Investitionen, damit der soziale Zusammenhalt gestärkt wird und über das Gesundheitswesen wesentliche Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen.

Letztlich braucht es eine moderne Dateninfrastruktur, die eine elektronische Echtzeit-Erfassung umfassender Informationen zumindest über Virusinfektionen der Atemwege, Krankenhausaufenthalte, Todesfälle, krankheitsspezifische Ergebnisse und Impfungen in Verbindung mit soziodemografischen und anderen relevanten Variablen umfasst.

Die Dateninfrastruktur für Gesundheit sollte Daten von lokalen, staatlichen und nationalen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, Gesundheitssystemen, öffentlichen und kommerziellen Laboren sowie akademischen und Forschungseinrichtungen integrieren und zugänglich machen.

E-Mails an: debate@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Jetzt kommt die Rechnung für die schamlose Russen-Versteherei

Warum es höchste Zeit ist, große Teile der österreichischen Eliten aus Politik und Wirtschaft einer konsequenten Entputinisierung zu unterziehen.

Wer immer in der Vergangenheit die vollständige Privatisierung großer heimischer Konzerne wie etwa der OMV gefordert hat, wurde schnell darüber belehrt, dass dies verantwortungslos sei, weil damit die Versorgungssicherheit des Landes gefährdet sei.

Wie belastbar dieses Argument tatsächlich ist, zeigt sich in diesen Tagen gerade anhand der OMV sehr gut. Denn der teilverstaatlichte Konzern (die Republik hält 31,5 Prozent) hat Österreich konsequent durch seine an Russland orientierte Geschäftspolitik, die ihm in der Branche den Spitznamen „Gazprom West“ eingebracht hat, in eine energiepolitische Abhängigkeit von Moskau manövriert. Für eine Handvoll Männer hat sich das ökonomisch vermutlich nicht schlecht gerechnet. Geschehen ist das Ganze unter den Augen der Republik, die in allen relevanten Gremien maßgeblich vertreten ist.

Humorlos könnte man sagen: Dass die OMV so konsequent Österreichs Versorgungssicherheit aufs Spiel gesetzt hat, ist der letzte von vielen Beweisen dafür, dass sich der Staat als Miteigentümer besser heute als morgen verabschieden sollte. Ein noch schlechterer Eigentümer ist nicht denkbar. Dass die OMV ihre Russland-Fixierung heuer rund zwei Milliarden Euro kosten wird – und damit den Steuerzahler als Miteigentümer etwa 600 Millionen –, wird nur ein Bruchteil der Gesamtkosten sein, die Österreich aufgrund seines besonderen Nahverhältnisses zum kriegführenden Russland wird schultern müssen.

Die schon immer etwas befremdliche buckelnde Russland-Versteherei von erheblichen Teilen der hiesigen wirtschaftlichen und politischen Eliten hat zwar über Jahrzehnte ermöglicht, alle möglichen Taschen prall zu füllen – fordert aber jetzt angesichts der besonders engen Verflechtungen zwischen der österreichischen und der russischen Volkswirtschaft einen besonders hohen Preis. Und den werden nicht jene zu entrichten haben, deren Taschen nun gefüllt sind, sondern letztlich die Bevölkerung. Und zwar in Form von Jobs, die verloren gehen werden, weil ein großer Markt wegfällt, Liefere-

ranten nicht mehr liefern können und Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können. Und natürlich auch in Form zusätzlicher Inflation und des Verzehrs der Sparguthaben.

Die hiesige Russland-Versteherei ist tief verwurzelt. Wer das begreifen will braucht nur auf YouTube die Begriffe Leit, Fischer und Putin einzugeben. Dann sieht man ein kurzes Filmchen, das zeigt, wie 2015, also nach der Unterwerfung der Krim, der damalige WKO-Chef, der damalige Bundespräsident und die versammelten Spitzen der heimischen Wirtschaft dem russischen Diktator in einer schleimigen Unterwürfigkeit begegnen, gegen die der seinerzeitige Knicks von Frau Kneissl vor Putin geradezu ein Akt des subversiven Widerstandes war. Selbst jetzt geht das noch immer weiter, trotz aller Kriegsverbrechen Moskaus. So erklärte erst vergangenes Wochenende in der „Krone“ ein Wiener Advokat auf einer Doppelseite, wel-

che Riesenschuld der Westen an der derzeitigen Situation habe, während er den Überfall der Russen auf die Ukraine in einem einzigen floskelhaften Satz rügte.

Diese ungute Russen-Versteherei in Österreich speist sich aus mehreren Quellen. In der politischen Linken – wie etwa bei Heinz „Nordkorea“ Fischer – dürfte sie einem latenten Antiamerikanismus und Antikapitalismus geschuldet sein, plus einer gemeinsamen Abneigung dem liberalen Westen gegenüber. Den traditionellen Rechten und sehr Rechten dürfte das Autoritäre an Führern wie Putin imponieren, auch hier teils verbunden mit einer Abneigung gegen den dekadenten, vom Glauben abgefallenen „Westen“ mit seinem ganzen LBG-Schweinkram.

Und allen gemeinsam dürfte die Art und Weise gefallen haben, wie man mit Russland gute Geschäfte machen kann, nämlich nicht nur mittels unüberbietbarer Qualität, sondern auch mit jenen Methoden, die uns bis heute den Ruf eingebracht haben, Teil des Balkans zu sein – und damit auch noch gut zu verdienen.

E-Mails an: debate@diepresse.com

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer

müssen akut reagieren können. Wir sollten aus der Pandemie und unseren Pannen gelernt haben.

Univ.-Prof. Dr. Renate Heinz, 1140 Wien

Lasst Putin gewähren?

„Nur die Neutralität der Ukraine führt zum Frieden“, GK von Katharina Bachleitner, 5. 3.

Muss denn Wissenschaft wirklich völlig empathielos sein? Der Autorin kommt kein einziges kritisches Wort über Putins brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine über die Lippen, geschweige denn über das schreckliche Leid der ukrainischen Bevölkerung. Auch vom wohl unbestreitbaren Recht jedes souveränen Staats, über seinen Weg selbst zu bestimmen, ist nirgends die Rede. Und die einzig richtige Reaktion auf den „Ausbruch“ des Kriegs – als Politologin müsste sie wissen, dass Kriege nicht ausbrechen, sondern vom Zaun gebrochen werden – stellen für sie „ein Aufwachen und ein Kurswechsel auf westlicher Seite“ dar. Schließlich habe der Westen

ja ihrer Meinung nach die Ukraine sogar zu „missionieren“ versucht. Lasst also Putin gewähren!

Welch ein Kontrast zum Kommentar daneben: „Der Tod ist ein Meister aus Russland“!

Mag. Josef Kaltenbrunner, 4849 Puchkirchen

Im Nachhinein ist man auch nicht klüger!

Zu den Debattenseiten

In mehreren Kommentaren der vergangenen Wochen wurde behauptet, dass es Fehler waren, die Ukraine nicht schon vor Jahren in die Nato aufgenommen zu haben, die Abhängigkeit von russischem Gas nicht schon früher reduziert zu haben, die Militärausgaben europäischer Staaten auf Sparflamme gehalten zu haben usw. Denn wäre das anders gelaufen, gäbe es jetzt keinen Ukraine-Krieg.

Aber im dynamischen politischen System rufen die Handlungen eines Teils auch Reaktionen der anderen Seite hervor. Vielleicht hätte Putin die Ukraine

schon vor Jahren überfallen, wenn ein Nato-Beitritt der Ukraine ernsthaft betrieben worden wäre. Wahrscheinlich wären die Gaspreise viel früher durch die Decke gegangen, wenn ganz Europa versucht hätte, 40% seines Gasbedarfs anders als mit russischem Gas zu decken, und viele Industriebetriebe wären in Schieflage geraten oder abgewandert. Vielleicht hätte eine Aufrüstung Europas Putin schon vor Jahren so in die Enge getrieben, dass er wild um sich geschlagen hätte. Wer mit dem Schlimmsten rechnet – und dazu gehören irrationale Alleingänge von mächtigen Despoten –, bekommt oft tatsächlich das Schlimmste, während eine Politik, die Spannungen durch wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten und ein gewisses Vertrauen abzubauen versucht, oft erfolgreich ist. Beim Putin-Russland ist das Kalkül zwar offensichtlich nicht aufgegangen, aber der Versuch war vielleicht dennoch die beste Möglichkeit – wir werden es nie wissen können.

Walfried Zeilinger, 1160 Wien

Oh, du goldenes (?) Wienerherz!

Eine Beobachtung

Alle Welt zeigt sich solidarisch mit der Ukraine und den Flüchtenden, Hilfsbereitschaft wird allenthalben großgeschrieben. Dazu hatte ich am 9. März folgendes Erlebnis: In einer Halteverbotszone (7-12 Uhr) im 8. Bezirk stehen um 11 Uhr (!) drei Pkw: zwei mit Wiener, einer mit ukrainischem Kennzeichen, staubig und verschmutzt nach offensichtlich langer Fahrt. Ein Abschleppwagen im Auftrag der Gemeinde hebt gerade – erraten – den ukrainischen Pkw auf die Ladefläche. Auf meine Frage, weshalb es denn gerade der ukrainische Pkw sein müsse und wie die Besitzer wieder zu ihrem Auto kommen sollten, war die lapidare Antwort: „Die müssen eh nichts zahlen“, und auf die Frage, wie denn Ukrainer wissen sollten, wo dann ihr Pkw sei: „Dann müssen sie halt zur Polizei gehen.“ Kein Wort darüber, dass zum Sammelplatz weit draußen in Simmering natür-

lich keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren. Weshalb ausgerechnet der ukrainische Pkw, während die Wiener Pkw unbehelligt geblieben sind? Der Transporteur hat ja „nur seine Pflicht getan“, aber wer hat die Ukrainer überhaupt angezeigt? Da bleibt man fassungslos zurück! Hunderte Kilometer glücklich aus dem Kriegsgebiet heraus, und dann wird das Auto in Wien einfach abgeschleppt. Oh, du goldenes Wienerherz . . .

Prof. Otto Lucius, 1080 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie Kompatscher

E-Mail: debate@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.